

BADEN-

WÜRTTEMBERG

LEBEN

***REGIERUNGSPROGRAMM DER
SPD BADEN-WÜRTTEMBERG
2016-2021***

SPD



BADEN-WÜRTTEMBERG LEBEN

INHALT

BADEN-WÜRTTEMBERG LEBEN	8	unseren Schulen	28	Bessere Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs	47	Jugendkriminalität verhindern – Jungen Menschen helfen	61
STARKE WIRTSCHAFT – GUTE ARBEIT	10	Gute Lehrerinnen und Lehrer legen den Grundstein	28	Gute Lehre	47	Verbesserungen im Strafvollzug	61
Guter Lohn für gute Arbeit	10	Schule als Ort der Toleranz und Vielfalt	28	Verlässliche Finanzierung	48	BETEILIGUNG LEBEN	62
Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung	11	Beste Bildung für alle	29	Spitze in der Forschung – anwendungs- und innovationsorientiert	48	Mehr Demokratie wagen	62
Gleiche Chancen für Frauen und Männer	11	Inklusion verwirklichen	29	Hochschule 4.0 – Digitalisierung der Lehre	49	Moderne Verwaltung	63
Inklusion verwirklichen	12	Gebührenfreies Studium	29	Demokratie und Transparenz in Hochschulgremien	49	MOBILITÄTSLAND BADEN-WÜRTTEMBERG	64
Handwerk und Mittelstand stärken	13	ZEIT FÜR FAMILIE	30	INTEGRATION GESTALTEN	50	Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur	64
Industrielle Produktion erhalten – Beschäftigung sichern	13	Verlässliche Ganztagsangebote für alle Kinder	30	Integrationspolitik aus einer Hand	50	Mehr Busse und Bahnen	64
Wirtschaft 4.0 – Auf dem Weg zum smarten Standort	14	Familien finanziell unterstützen: Kita- und Kindergartengebühren abschaffen	31	Kommunale Integrationsstrukturen stärken	50	Modernisierung und Ausbau der Schieneninfrastruktur	65
Digitale Infrastruktur ausbauen	14	Eltern unterstützen – Zeit für Familie schaffen	32	Als Land Vorbild sein	50	Radverkehr	65
Digitalisierung zum Wohle der Beschäftigten gestalten	15	Zusammenleben der Generationen	32	Als Land Vorbild sein	50	Güter von der Straße auf die Schiene und auf's Schiff	66
Gute Arbeit im Dienstleistungssektor stärkt unseren Standort	16	Familie geht uns alle an	32	Den Islam als Teil unserer religiösen Vielfalt anerkennen	51	Flughäfen	66
Startups fördern – Unternehmertum ermöglichen	17	Ehe für alle	32	Motor der Integrationspolitik auf Bundesebene	51	INNOVATION UND KLIMASCHUTZ DURCH SAUBERE ENERGIEN	67
Wirtschaftsnahe Forschung stärken	17	GESUND UND LANGE LEBEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG	33	FLUCHT UND ASYL – HUMAN HANDELN	52	Erneuerbare Energien ausbauen	67
Kreativwirtschaft fördern und Medien stärken	17	Medizinische Versorgung sicherstellen	34	Menschenwürdige Unterbringung und Versorgung	53	Versorgungssicherheit gewährleisten und Energie bezahlbar halten	67
Gastronomie und Tourismus stärken	18	Gute Krankenhäuser	34	Integration und Teilhabe	53	Den Klimaschutz weiter voranbringen	68
Arbeitsschutz stärken	18	Gute Pflege und Betreuung	35	Für ein Einwanderungsgesetz – Transparente Arbeitsmigration ermöglichen	54	Umwelt- und Naturschutz stärken	68
FACHKRÄFTE SICHERN	19	GUT UND GEMEINSAM LEBEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG	36	Starkes Gemeinwesen und gesellschaftlicher Zusammenhalt	54	NATURVERTRÄGLICHE LANDWIRTSCHAFT STÄRKEN	70
Gemeinsam für die berufliche Bildung	19	Bezahlbares Wohnen	36	WELTOFFEN IM HERZEN EUROPAS	55	VERLÄSSLICHER VERBRAUCHERSCHUTZ	71
Berufliche Schulen stärken	19	Lebensräume gestalten – Quartiere aufwerten	38	Gemeinsam für Europa – Europa der Regionen	55	Keine Absenkung von Standards	71
Übergang von der Schule in den Beruf verbessern	20	Gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum	39	Auf gute Nachbarschaft	55	Gute Beratung und Verbraucherbildung	71
Wirtschaft, Studien- und Berufsorientierung	20	Stark im Ehrenamt	40	Mehr Fördermittel für Baden-Württemberg	56	Unterstützung für bewusste, gesunde Ernährung	72
Für die betriebliche Ausbildung werben	21	Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt bekämpfen	40	Freihandelsabkommen transparent und fair gestalten	56	Keine Gentechnik in Baden-Württemberg	72
Ausbildung für alle und bis zum Abschluss	21	Sensibilisierung der Exekutivkräfte gegenüber LSBTTIQ	41	Entwicklungszusammenarbeit stärken	57	Wirksame Lebens- und Futtermittelüberwachung	72
Potentiale der Vielfalt heben	21	Inklusion verwirklichen	41	BADEN-WÜRTTEMBERG: SICHER UND GERECHT	58	SOLIDE FINANZEN	73
Mehr Frauen für MINT-Berufe begeistern	21	Kinder und Jugendliche stärken	42	Sicher in Baden-Württemberg – Polizeiarbeit stärken	58	Solide Haushaltspolitik fortsetzen	73
Lebensbegleitendes Lernen ermöglichen	22	Für eine Kultur des Ermöglichens, statt des Verbotens	42	Terrorismus effektiv begegnen	59	Geschlechtergerechte Haushaltsführung	74
Chancen der Beschäftigung erhöhen	22	Sportland Baden-Württemberg	42	Offensiv gegen Wohnungseinbrüche	59	Steuergerechtigkeit verwirklichen	74
Politische Bildungsarbeit fördern	22	Kunst und Kultur für alle	43	Sicher im Netz	59	Nulltoleranz gegenüber Steuerhinterziehung	74
BILDUNG, DIE ALLEN GERECHT WIRD	23	EXZELLENT FORSCHEN UND STUDIEREN	44	Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen	59	FÜR UNSER MODERNES UND GERECHTES BADEN-WÜRTTEMBERG	75
Frühkindliche Bildung ausbauen	24	Studieren in Baden-Württemberg	44	Öffentlicher Dienst: Rückgrat unseres Staates	60		
Verlässliche Ganztagsangebote schaffen	24	Gerechter Hochschulzugang – Öffnung der Hochschulen	45	Eine moderne und soziale Justiz	60		
Grundschule	25	Demokratische Hochschule	46				
Schulstrukturen den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen	26	Gute Arbeit an den Hochschulen	46				
Weiterführende Schulen	26						
Medienbildung	27						
Privatschulen	28						
Gute Unterrichtsversorgung an							



innovative Projekte zur Energiespeicherung und zu intelligenten Netzen.

Diesen Weg werden wir in den kommenden fünf Jahren fortsetzen und das Leitungsnetz auf allen Ebenen ausbauen. Die Förderung innovativer Speichertechnologien und intelligenter Netze werden wir weiter intensivieren. Um Energie für alle bezahlbar und die Strompreise stabil zu halten, wollen wir Überförderungen vermeiden. Auch das Vorhalten vor allem alter Kraftwerke als Reservekapazität dient diesem Ziel, denn es sorgt für die nötige Versorgungssicherheit. Deshalb unterstützen wir die Ziele der Bundesregierung, den Strommarkt neu zu regeln, um die notwendigen Investitionen in neue flexible Kraftwerke, Lastmanagement und den Bau neuer Energiespeicher wieder wirtschaftlich zu machen.

DEN KLIMASCHUTZ WEITER VORANBRINGEN

Dem Klimawandel muss vor allem durch eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes begegnet werden. Um dies zu erreichen, haben wir das Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht und unsere Klimaziele damit als zweites Bundesland überhaupt gesetzlich verankert. Darüber hinaus

haben wir zahlreiche Pilotprojekte und Fördermaßnahmen für den Klimaschutz initiiert – von der Energiesparberatung über die energetische Sanierung der Landesliegenschaften bis hin zum Moorschutz. Zusätzlich müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, stärker auf Bau- und Werkstoffe zu setzen, die CO₂ binden. Die Mittel für den Hochwasserschutz haben wir verdoppelt und beugen so schweren, durch den Klimawandel bedingten Hochwasserereignissen besser vor.

Wir setzen auch in Zukunft auf die ökologische Erneuerung und halten an unseren ehrgeizigen Zielen fest: Mit der SPD wird Baden-Württemberg seinen CO₂-Ausstoß bis 2050 um 90 Prozent und den Energieverbrauch um 50 Prozent senken. Daneben werden wir uns für die stärkere Verwendung des CO₂-bindenden Rohstoffes Holz einsetzen.

UMWELT- UND NATURSCHUTZ STÄRKEN

Sauberes Wasser, eine vielfältige Natur und gesunder Boden sind Lebensgrundlage unserer und künftiger Generationen. Wir haben den Naturschutz im Land deutlich verbessert und die finanziellen Mittel dafür verdoppelt. Mit

dem Nationalpark Schwarzwald haben wir den ersten Nationalpark in Baden-Württemberg überhaupt geschaffen. Wir werden die nötigen personellen und finanziellen Mittel bereitstellen, um dadurch die Attraktivität des Schwarzwalds zu erhöhen und für regionale Wertschöpfung zu sorgen. Wir unterstützen auch weiterhin die Entwicklung des Nationalparks Schwarzwald. Im Südschwarzwald helfen wir mit, ein zweites Biosphärengebiet zu etablieren und bringen so Natur, Landschaft, Wirtschaft und Lebensqualität weiter zusammen.

Wir setzen die von der SPD im Bund angestoßene „Nationale Strategie für biologische Vielfalt“ im Land um. Deshalb wollen wir auch zukünftig den staatlichen Naturschutz personell und finanziell besser ausstatten, damit die Aufgaben gut umgesetzt werden können.

Wir wollen die vorhandenen Schutzgebiete im Land weiterentwickeln, damit diese ihre Funktion für Natur, Landschaft und Tourismus optimal erfüllen können. Zudem werden wir verstärkt Naturschutzzentren für eine gute Umweltbildung nutzen und sie ausbauen. Wir sind stolz darauf, dass sich die Landschaftserhaltungsverbände so gut weiterentwickelt haben. Auch weiterhin wollen wir die biologische Vielfalt in der Landwirtschaft verbessern. Landschaftspflegehöfe sind dafür ein gut geeignetes Instrument, das wir ausbauen wollen. Das artenreiche Grünland muss erhalten bleiben. Mit einem Aktionsprogramm Biotopverbund wollen wir die ökologische Vielfalt auf den Äckern stärken. Die Moorschutzstrategie werden wir aktiv umsetzen, denn Moorschutz ist zugleich Natur- und Klimaschutz. Wichtig ist uns der Erhalt der Streuobstwiesen, der Weideflächen und der Steilhänge in den Rebanlagen. Hierfür werden wir Förderprogramme weiterentwickeln. Mittelfristig werden wir deutlich mehr Fließgewässer in einen naturnahen Zustand versetzen.

Seit 2010 haben wir die Mittel für den Hochwasserschutz verdoppelt und viele Projekte vorangebracht. Insbesondere für die Dammsanierungen und die Fertigstellung der weiteren Projekte des Integrierten Rheinprogramms werden wir auch weiterhin alle notwendigen Mittel bereitstellen und Lösungen bevorzugen, die zu ökologischen Verbesserungen der Gewässer beitragen. Auch werden wir weiterhin die Altlastsanierung vorantreiben und den Grundwasserschutz verstärken.

Die Ressourcenschonung bei Baurohstoffen ist vorbildlich und soll auf hohem Niveau erhalten bleiben. Zum zuverlässigen, umweltfreundlichen und kostengünstigen Bezug von Baustoffen und zur Sicherung von Arbeitsplätzen ist der verbrauchsnahen und dezentralen Rohstoffsicherung und -gewinnung in allen Regionen des Landes hohes Gewicht beizumessen.

Unsere Wälder sollen nachhaltig und naturnah bewirtschaftet werden, sodass diese zugleich der Holzproduktion, dem Bodenschutz, der Erholung, der Grund- und Trinkwasserbildung sowie dem Erhalt der ökologischen Vielfalt dienen können. Das Gesamtkonzept Waldnaturschutz wollen wir konsequent umsetzen und den Anteil der natürlichen Waldentwicklung deutlich erhöhen. Die staatliche Forstverwaltung werden wir ihren Aufgaben entsprechend durchgängig, modern und zukunftssicher aufstellen, damit in Zukunft die staatlichen Wälder ein öffentliches Gut bleiben. Am modernsten Jagdrecht in Europa halten wir fest.

Das unkonventionelle Fracking ist in seiner jetzigen Form nicht ausgereift und kann daher nicht eingesetzt werden. Solange eine potentielle Gefährdung der Umwelt und des Grundwassers nicht ausgeschlossen werden kann, wird es mit der SPD auch weiterhin kein unkonventionelles Fracking in Baden-Württemberg geben.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN! WIR WERDEN:

- ▶ Den Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Wind und Solarenergie beschleunigen,
- ▶ Versorgungssicherheit gewährleisten, in dem wir das Leitungsnetz ausbauen, Speichertechnologien voranbringen und alte Kraftwerke als Reserve vorhalten,
- ▶ dafür sorgen, dass Baden-Württemberg seinen CO₂-Ausstoß bis 2050 um 90 Prozent und seinen Energieverbrauch um 50 Prozent verringert,
- ▶ unkonventionelles Fracking in Baden-Württemberg verhindern.

NATURVERTRÄGLICHE LANDWIRTSCHAFT STÄRKEN

„Mir liegt am Herzen, dass unseren Kindern die Wertschätzung unserer Natur bewusst gemacht wird, wie unsere Nahrungsmittel angebaut werden. Das sorgfältig mit unserer Natur umgegangen wird, nicht zu zerstören.“

Meinung aus dem Baden-Württemberg Dialog

Eine naturverträgliche Landwirtschaft ist eine wichtige Voraussetzung für die biologische Vielfalt, den Schutz von Wasser, Boden und Klima und für unsere Gesundheit. Land- und Forstwirtschaft sind ein wesentlicher Faktor der Wirtschaft im ländlichen Raum. Sie erzeugen Lebensmittel, Bau- und Rohstoffe und tragen zum Erhalt der Kulturlandschaft bei. Zudem leisten sie mit Biogas und Energieholz einen wichtigen Beitrag für den Klima- und Ressourcenschutz. Wir sichern die Zukunft der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft – mit fairen Rahmenbedingungen und guten Förderprogrammen. Den ökologischen Landbau wollen wir weiterhin so fördern, dass er zunimmt. Nur so kann dieser die steigende Nachfrage auch aus heimischem Anbau bedienen. Durch Förderung regionaler und lokaler Vermarktung und ökologischen Landbaus bringen wir Verbraucherseite und Erzeuger enger zueinander. Weiter haben wir die Forschung und Beratung für den Biolandbau gestärkt und die Mittel für Landschaftspflege und Vertragsnaturschutz mehr als verdoppelt.

Durch eine fachgerechte Beratung und eine professionelle Förderung wollen wir die gesamte Landwirtschaft im Land auch in Zukunft in dem sich weiter globalisierenden Markt begleiten. Bei allen Regulierungen – insbesondere bei der

anstehenden Weiterentwicklung der Düngeverordnung – werden wir sowohl die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Landwirtschaft als auch den Umweltschutz berücksichtigen.

Die Haltungsbedingungen für unsere Nutztiere wollen wir schrittweise weiter verbessern. Dabei müssen die Interessen der landwirtschaftlichen Betriebe durch hinreichende Fördermittel und Übergangsfristen berücksichtigt werden, um die heimische Produktion zu sichern. Den teilweise viel zu hohen bürokratischen Aufwand, der an manche Auflagen und Fördermittel für die Landwirtschaft gekoppelt ist, wie beispielsweise bei der Weideprämie, wollen wir zurückdrängen.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN! WIR WERDEN:

- ▶ Die Zukunft der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft sichern – mit fairen Rahmenbedingungen und guten Förderprogrammen,
- ▶ den ökologischen Landbau so fördern, dass er zunimmt,
- ▶ lokale und regionale Vermarktungsstrukturen stärken.

VERLÄSSLICHER VERBRAUCHERSCHUTZ



„Keine genveränderten Pflanzen zulassen.“

Meinung aus dem Baden-Württemberg Dialog

Die SPD steht für starke Verbraucherrechte, Information und Transparenz. Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzen, bewusste Kaufentscheidungen zu treffen und den Markt mit ihrem Konsumverhalten mitzugestalten. Gute Verbraucherpolitik schützt die Verbraucherinnen und Verbraucher vor schädlichen oder nachteiligen Auswirkungen von Konsumgütern und Dienstleistungen und sorgt dafür, dass die Lebenschancen zukünftiger Generationen nicht gefährdet werden. Nötig ist daher der Erhalt und Ausbau einer gestaltenden und sozialen Verbraucherpolitik, die die Verbraucherseite stärkt und den Verbraucherinteressen angemessene Geltung verschafft.

Damit Verbraucherinnen und Verbraucher selbstbestimmt entscheiden können, brauchen sie klare und verlässliche Informationen über Inhalt, Herkunft und Produktionsweise von Lebensmitteln.

KEINE ABSENKUNG VON STANDARDS

Unser Verbraucherschutz setzt hohe Standards, die sich bewährt haben. Für die SPD sind diese in Freihandelsabkommen nicht verhandelbar. Deshalb haben wir uns im Bundesrat klar gegen jede Absenkung unserer hohen Umwelt-, Hygiene- und Verbraucherschutzstandards positioniert. Auch in den kommenden Jahren werden wir all unsere Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten nutzen, damit unsere Standards nicht abgesenkt und in Zukunft weiter politisch gestaltet werden können.

GUTE BERATUNG UND VERBRAUCHERBILDUNG

Im Umgang mit digitalen Medien, bei der ersten Wohnungssuche, im Bezug auf die eigenen Finanzen – alltägliche Lebensführung birgt für junge Menschen viele Herausforderungen, auf die Schule vorbereiten kann. Durch die Aufnahme der Verbraucherbildung als eine der Leitperspektiven des Bildungsplans 2016 werden

Heranwachsende befähigt, ihren Alltag als Verbraucherinnen und Verbraucher selbstbestimmt und verantwortungsbewusst zu meistern.

In unserer komplexen Konsumgesellschaft begleitet uns der Bedarf nach unabhängiger und verlässlicher Beratung ein ganzes Leben. Ob Lebensmittel, Versicherungen oder Baufinanzierung – Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf Information und Schutz vor gesundheitlichem und wirtschaftlichem Schaden. Wir haben die Beratungsinfrastruktur für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Baden-Württemberg ausgebaut und die Fördermittel für die Verbraucherzentrale erhöht. Zudem haben wir die themenspezifischen Informations- und Bildungsangebote des Landes erweitert. Für die kommende Legislaturperiode werden wir die Verbraucherzentrale in Baden-Württemberg finanziell stärken und Beratungsstrukturen weiter ausbauen.

UNTERSTÜTZUNG FÜR BEWUSSTE, GESUNDE ERNÄHRUNG

Wir unterstützen den Wunsch nach bewusster Ernährung im Alltag und geben Antworten auf der Höhe unserer Zeit. Ob in der Kita, der Ganztagschule, der Firmenkantine oder im Seniorenheim: Unsere Ernährungsgewohnheiten verändern sich. Wir essen immer öfter außer Haus, legen Wert auf individuelle Bedürfnisse und Ansprüche. Immer mehr Menschen achten auf die Herkunft der Lebensmittel, auf Inhaltsstoffe, Tierschutz und fairen Handel. Deshalb setzen wir uns im Bund und in der EU für verbindliche Kriterien für vegane und vegetarische Produkte ein – damit Verbraucherinnen und Verbraucher solche Lebensmittel anhand klarer, verlässlicher Kennzeichnungen kaufen können.

Eine bewusste, gesunde Ernährung muss für alle Menschen möglich sein – unabhängig von Ausbildung, Herkunft oder Geldbeutel. Wir verstehen das als ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und setzen bereits in Kitas und Schulen mit einer ausgewogenen Verpflegung an. Erfolgreiche Programme wie Schulfrucht BW und BeKi (Bewusste Kinderernährung) wollen wir stärken, um Kinder und ihre Familien frühzeitig an einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln heranzuführen. Um Verbesserungen in der Fläche zu bewirken, schlagen wir vor, gemeinsam mit Kommunen, Bildungseinrichtungen, Lehrkräften, Eltern und Unternehmen ein Leitbild für die Verpflegung in Kitas und Schulen zu erarbeiten.

KEINE GENTECHNIK IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel völlig zu Recht ab. Sowohl die gesundheitlichen als auch die ökologischen Folgen sind mehr als ungewiss. Wir setzen uns konsequent dafür ein, den Anbau von ökologisch veränderten Organismen im Land zu verhindern, um Verbraucher und Umwelt vor den Risiken der Grünen Gentechnik zu schützen. Deshalb ist Baden-Württemberg seit 2012 Mitglied im europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen. Mit dem Naturschutzgesetz haben wir den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zusätzlich erschwert. Wir werden weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, gentechnisch veränderte Organismen aus unserer Landwirtschaft und Umwelt fernzuhalten. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass das Klonen von Tieren zur Nahrungsmittelproduktion in Deutschland verboten wird.

WIRKSAME LEBENS- UND FUTTERMittelÜBERWACHUNG

Diverse Lebensmittelskandale in der Vergangenheit haben gezeigt: Um Lebensmittelbetrug zu bekämpfen, sind effektive staatliche Kontrollen unerlässlich. Deshalb haben wir die massiven personellen Defizite im Bereich der Lebens- und Futtermittelüberwachung abgebaut und die finanzielle Ausstattung der landeseigenen Überwachungsinstitute verbessert. Diesen Weg werden wir fortsetzen und Lebens- und Futtermittelüberwachung in den kommenden Jahren personell stärken. Die Überwachungsinstitute werden wir weiter modernisieren und Schritt für Schritt auf den neusten Stand der Technik bringen.

AUF DIE SPD KOMMT ES AN! WIR WERDEN:

- ▶ Alle Möglichkeiten nutzen, gentechnisch veränderte Organismen aus unserer Landwirtschaft und Umwelt fernzuhalten,
- ▶ die Verbraucherzentrale in Baden-Württemberg finanziell stärken und Beratungsstrukturen weiter ausbauen,
- ▶ die Lebens- und Futtermittelüberwachung in den kommenden Jahren personell stärken,
- ▶ Absenkungen unserer hohen Umwelt-, Hygiene- und Verbraucherschutzstandards verhindern.

SOLIDE FINANZEN

„Steuergerechtigkeit!“

Meinung aus dem Baden-Württemberg Dialog



Die Menschen im Land erwarten von uns eine solide Haushaltspolitik. Nils Schmid ist der erfolgreichste Finanzminister in der Geschichte unseres Landes. Viermal innerhalb einer Legislaturperiode hat er einen Haushalt ohne neue Schulden vorgelegt – und das obwohl die Vorgängerregierung ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden Euro hinterlassen hatte. Der Erfolg unserer nachhaltigen Konsolidierungspolitik zeigt sich auch darin, dass das Land 2015 für seine Kreditwürdigkeit erneut die Bestnote „AAA“ erhalten hat. Wir haben gezeigt: Es sind die Roten, die für schwarze Zahlen stehen.

SOLIDE HAUSHALTSPOLITIK FORTSETZEN

Wir gestalten die soziale und wirtschaftliche Modernisierung des Landes mit einer soliden Finanzpolitik ohne Neuverschuldung. Mit uns werden die Rechnungen von heute nicht zu-

lasten zukünftiger Generationen auf morgen verschoben, denn hohe Schulden und Zinszahlungen schränken die Handlungsfähigkeit des Staates ein. Gleichzeitig steht unser Weg der Konsolidierung nicht im Widerspruch zu zentralen Zukunftsinvestitionen: Wir investieren massiv in Bildung und bauen den Sanierungs- und Investitionsstau bei Landesstraßen, Hochschulbauten und Kliniken Schritt für Schritt ab. Damit mehr Geld in unserem starken Land bleibt, haben wir uns für eine Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen eingesetzt und eine Einigung erzielt, mit der Baden-Württemberg künftig um fast eine Milliarde Euro deutlich entlastet wird.

Wir werden unsere solide Finanzpolitik fortsetzen und die Haushaltskonsolidierung weiter vorantreiben. Im Jahr 2019 werden wir beginnen Schulden abzubauen. Dafür müssen wir auch weiterhin alle Bereiche des Landeshaushaltes